

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.
Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ercheint
wöchentlich zweimal: Samstag und Sonntag.
Bezugspreis: Vierteljährlich 1.50 am Ort 2.00 M.
In allen Buchhandlungen 2.60 M.

Druck und Verlag:
R. Hunsold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsold.

Anzeigen-Preis:
Für die einpolige Zeitung die oberste Raum 50 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinen gestrigt.

Nr. 41. Sonntags-Nr. 49. Mittwoch, den 26. Mai 1920. Sonntags-Nr. 49 42. Jahrg.

Heimkehr der Flingtau-Helden.

Hamburg, 22. Mai. Heute morgen 6 1/2 Uhr legte der japanische Dampfer „Maru“ mit dem letzten offiziellen Heimtransport in Hamburg an. Unter den an Bord befindlichen Heimkehrern befand sich auch der heldenmütige Verteidiger Flingtau, Admiral Mager-Walbed, mit seinen Getreuen, 141 deutsche Kriegsgefangene mit 112 Frauen und Kindern, 91 aus dem Militärdienst ausgeschiedenen Männern und Frauen und Kinder, 20 Gouvernementsbeamte mit 79 Angehörigen, sowie verschiedene andere Zivilisten und 54 Oesterreicher.

Gegen die farbigen Besatzungstruppen.

Stockholm, 21. Mai. Der Friedensbund schwedischer Frauen überlieferte zusammen mit der Vereinigung „Weißes Band“ durch sein Zentralkomitee in Genua dem Sekretariat des Völkerbundes einen Appell betreffs der farbigen Truppen in den besetzten Gebieten. Darin wird die Zurückziehung der farbigen Truppen verlangt und betont, daß deren Verwendung in Europa ein Unrecht nicht nur gegen Europa, sondern gegen die farbigen Länder selbst bedeute. Zum Schluß wird angeregt, der Völkerbund möge untersuchen, inwieweit weiße Frauen durch organisierten Zwang schwarzen Männern zum Opfer gefallen seien und inwieweit militärische und Zivilbediensteten in den besetzten deutschen Provinzen Raubtötungen getrieben hätten, um die Vergewaltigung von Frauen durch die Disziplinstruppen zu verhindern.

Die deutschen Richtlinien.

Jülich, 21. Mai. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ drahtet, daß die deutsche Regierung unbeschadet des Vertrages von Versailles Richtlinien für die deutsche Haltung in Spaa vereinbart habe. Diese Richtlinien sollen folgende Punkte enthalten:

1. eine neue Aufstellung über die Kriegsschuldigung und den Zahlungsmodus. Die Regierung will dabei auf die Bedeutung eines etwaigen Verlustes von Oberschleusen für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinweisen, da Deutschland bei einem Verlust Oberschleusen weder Kohlen ausführen noch Anteil am Wiederaufbau Frankreichs nehmen könnte.
2. Deutschland will auf die Notwendigkeit eines Teiles der Kolonien hinweisen, ebenso
3. auf die Unerschlichkeit eines Kredites zur Beschaffung von Rohstoffen.
4. soll eine Neuordnung der Transportfragen und Frachten vorgenommen werden.
5. Soll die Notwendigkeit begründet werden, daß die alliierten Besatzungstruppen verringert und die Zahlung in Gold dafür gestundet wird.

Wenn die Entente diese Bedingungen annehme, werde Deutschland dazu bereit und in der Lage sein, die vernichteten Gegenden Frankreichs aufzubauen und hierfür deutsche Arbeitskräfte zu verwenden.

Außerdem verlangt Deutschland die Erlaubnis zur Beibehaltung von 200 000 Mann und zur Zulassung zum Völkerbunde.

Zu dieser Meldung schreibt der „Lokal-Anz.“, daß eine Befestigung dieser Richtlinien amtlich bisher nicht zu erhalten sein.

Die einzige Lösung.

Wien, 20. Mai. Wie die Korrespondenz Herzag aus Innsbruck meldet, sprach sich in einer sehr hart besuchten Versammlung der amerikanischen Oberst Emerson für die Rückgabe Deutsch-Südtirols aus. Emerson erklärte ferner, er wolle Sower sehen der Ansicht, daß nur der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland die einzige annehmbare Lösung des Wiensers in Mitteleuropa sei. Auch die amerikanische Regierung nehme in letzter Zeit eine ähnliche

Haltung ein. Die Versammlung schloß mit einer erhebenden Kundgebung für den Anschluß ganz Tirols an Deutschland.

England will auf Kriegsschuldigung verzichten.

Amsterdam, 22. Mai. Laut der „Westminster Gazette“ sagte Bonar Law in seiner Rede u. a. nach: Es ist davon gesprochen worden, daß wir auf die Idee, irgendwelches Geld von Deutschland zu erhalten, verzichten sollten. In einer Beziehung ist das richtig. Die Regierung ist darauf gefaßt, die Regelung unserer finanziellen Verpflichtungen auf die Voraussetzungen zu gründen, daß wir unsere gesamte Schuldenlast auf unsere Schultern nehmen müssen. (Hört! Hört!)

In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Bonar Law, daß die russische Sowjetregierung weder zum Eintritt in den Völkerbund aufgefordert, noch von seinem Bestehen amtlich benachrichtigt worden sei.

Deutschland behält vorläufig 200 000 Mann Truppen.

Berlin, 22. Mai. Von einem Mitglied der englischen Militärmission in Berlin wird mitgeteilt: Die englische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland eine Heeresstärke von 200 000 Mann vorläufig beibehalten kann. Da auf der Konferenz zu Spaa einigstimmig zu treffende Entscheidung dürfte wahrscheinlich so ausfallen, daß das bisherige Abkommen, nach welchem es Deutschland gestattet ist, 200 000 Mann Reichswehr zu unterhalten, für eine bestimmte Frist verlängert wird. Die weiteren Verhandlungen über Herabsetzung der deutschen Heeresstärke sollen von der Verwirklichung des Völkerbundesprojektes abhängig gemacht werden.

Vor einem Systemwechsel in Rußland?

Saag, 21. Mai. Mehrere englische Blätter verzeichnen in London unlaufende Gerüchte über eine politische Neuorientierung der Sowjetregierung. Danach hätten sich Lenin und Trotski zur Bildung einer demokratischen Regierung entschlossen.

Die Verbrehen der Besatzungsarmee.

Jülich, 21. Mai. Der „Anzeiger“ meldet aus Paris: Der deutsche Geschäftsträger überreichte am Dienstag dem Alliiertenrat eine Note Deutschlands, die eine Zusammenstellung der im besetzten Gebiet von der Besatzungsarmee seit November 1918 verübten Verbrechen gibt. Die Note hat besonders in französischen Kreisen einen peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Haß und Furcht der Sieger.

Jülich, 21. Mai. Nach Meldungen der Blätter aus Paris veröffentlichten „Temps“, „Echo“ und „Journal“ Erklärungen Poincarés, wonach Poincaré vom Vorstoß der Weidmachers-Kommission zurückgetreten sei, weil er in einem weiteren Nachgeben der Alliierten gegenüber Deutschland die Zerstörung des Sieges der Alliierten und den Beginn der Wiedereinstellung des militärischen Deutschlands erblickte.

Für eine Revision des Versailler Vertrages.

London, 22. Mai. „Times“ berichtet: Die Liberalen und die Arbeiterpartei haben sich zu einem taktischen Vorgehen im Unterhaus geeinigt, um die wirtschaftliche und politische Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen.

Paris, 22. Mai. „Humanité“ berichtet, daß die Herabsetzung der Entschädigungssumme Deutschlands von Lloyd George und Mitti mit bestimmten Forderungen bei Millerand vertreten werde. Wenn die Deutschen in Spaa Ausdauer zeigen, so hätten sie mit einer we-

nigstens finanziellen Revision des Versailler Vertrages zu rechnen.

Ende des Kriegszustandes mit Amerika.

Amsterdam, 22. Mai. Wie „Telegraaf“ aus Washington meldet, hat das amerikanische Repräsentantenhaus gestern die Resolution Anrog angenommen, durch die der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird.

Ungarn unterzeichnet doch.

Paris, 22. Mai. Der Vertreter der ungarischen Friedensdelegation ist hier eingetroffen und hat erklärt, daß die ungarische Regierung den Friedensvertrag unterzeichnen werde.

Kiew in den Händen der Bolschewisten.

Prag, 22. Mai. Das tschechische Blatt „Pravo Lidu“ verzeichnet einen Funkpruch, daß das polnische Heer auf der ganzen Front im Rückzuge ist, und daß sich Kiew wieder in Händen der Bolschewisten befindet. Das Blatt bemerkt dazu, daß die Niederlage Polens großen Einfluß auf die Provinznationalisten habe und sie zwingen werde, ihren Terror im tschechener Gebiet endlich aufzugeben, denn Polen werde bei einer vollständigen Niederlage schweren inneren Kämpfen entgegengehen.

Moskau, 22. Mai. (Russischer Funkpruch.)

Am 14. Mai haben die roten Truppen auf einer Front von 75 Werst südlich von Wolod die polnischen Linien durchbrochen. Nach der Vernichtung zweier polnischer Divisionen waren am 17. 5. bereits 1000 Quadratkilometer mit über 190 000 Einwohnern, darunter die Städte Pinsk und Lopol, besetzt. Eine ungeheure Menge von Kriegsmaterial, darunter Tanks und Flammenwerfer französischer Herkunft, wurden erbeutet. Die Moral der polnischen Truppen ist sehr geschwächt. Das polnische Kommando hat anscheinend den Kopf verloren. Die Provinz Wlinsk ist in vollem Aufbruch. Die Aufständischen hoben sieben Truppenteile zur Entgegnung gebracht.

Alliierte Unterstützung der Offensiv gegen Rußland.

Basel, 22. Mai. „Daily Mail“ berichtet aus Paris: Die Bolschewistenkonferenz hat die militärische Unterstützung der neuen Offensiv Polens und Rumänens gegen Sowjetrußland nach sechsständiger Beratung und Anhörung eines Referats des Marschall Fochs einstimmig beschlossen.

Der polnisch-tschechische Konflikt.

Prag, 24. Mai. Tscheko-Slowakische Pressebüro. Außenminister Dr. Benes interessiert in der Angelegenheit des polnischen Terrors im tschechener Gebiet bei den zukünftigen Stellen der Bolschewistenkonferenz in Paris. Außer mit den italienischen Kreisen verhandelte er insbesondere mit der französischen Regierung und den englischen Kreisen. Am Sonnabend wurde er von Millerand empfangen. Er protestierte aufs energischste gegen das polnische Vorgehen in Sachen des tschechener Plebiscits und setzte auseinander, wie furchtbar die Bevölkerung des tschechener Gebietes unter dem polnischen Terror leide. Er erklärte, daß unter diesen Umständen die tschechoslowakische Regierung jegliche Verantwortung dafür ablehnen werde, was geschehen werde, wenn die verbündeten Kommissionen nicht sofort energisch den polnischen Gewalttätigkeiten ein Ende machten. Ueberdies wies er die Behauptung zurück, welche von polnischer Seite über einen tschechischen Terror im tschechener Gebiete verbreitet wurde.

Ein kommunistischer Morbplan in Grünberg.

Grünberg, 22. Mai. Landrat Dr. Crтеленz veröffentlicht in den Grünberger Tages-

zetzungen einen aufgefundenen Mordbefehl gegen 13 angelegene Bürger der Stadt (darunter eine Frau), nach ihrer Parteigehörigkeit Sozialdemokraten, Demokraten, Deutsche Volksparteier und Deutschnationale. Der Mordbefehl soll am Wahltage ausgeführt und die auf der Liste Verzeichneten sollen in ihrer Arbeitsstätte oder in ihrer Wohnung umgebracht werden. Ferner sollen die Gelder der Reichsbank, der anderen Banken und der großen Betriebe beschlagnahmt werden. Die Urheber des Mordplanes sind der Staatsanwaltschaft in Glogau bekanntgegeben. Sie werden sich wegen Hochverrats zu verantworten haben. Die Namen der 13 Bürger sind: Brandt Dr. Carlens, Oberbürgermeister Capf, Bürgermeister Duvrier, Polizeikommissar Sprung, Kommerzienrat Lausau, Frau Johanna Brandt und ihre beiden Söhne, Kaufmann O. Schulz und Kaufmann Staub, Geschäftsführer Schropf und Hauptmann a. D. Fering.

Der Neubau von Lokomotiven.

Berlin, 22. Mai. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Defer, erklärte, es würden wöchentlich 50 neue Lokomotiven gebaut, der Bestand an betriebstüchtigen Lokomotiven hat gegen das Vorjahr eine bemerkenswerte Vermehrung erfahren. Es wolle aber in allen Betrieben gewissenhafte Arbeit geleistet werden.

Verschiebung der ostpreussischen Abstimmung.
Aus Paris wird gemeldet: Der Volkshofrat hat beschlossen, die Volksabstimmung in den Bezirken Marienwerder und Danzig, die Ende Juni stattfinden sollte, hinauszuschieben. Der Rat hat auch die Befähigung der Polizeitruppen in beiden Bezirken gutgeheißen.

Oberschlesien.

Ueberraschungen für Oberschlesien.

Kottbus, 22. Mai. Ueber die bereits kürzlich angekündigten bevorstehenden Ereignisse kann heute mehr Licht verbreitet werden, als die Abstimmung überhaupt in Frage gestellt ist. Deutschland wird in Epochen bedingungslos Verbleiben Oberschlesiens beim Reich fordern. Diese Forderung wäre nicht gestellt, wenn sie nicht vorher Gegenstand der öffentlichen Besprechungen mit Vertretern der Minderheiten wäre.

Wann findet die Abstimmung statt?

Kottbus, 21. Mai. Von einer besonders gut unterrichteten Seite wird gemeldet, daß namentlich die Engländer wieder den ober-schlesischen Freistaatsgedanken, d. h. eine Neutralisierung Oberschlesiens wohlwollend betrachten, während bisanlich der Vorsitzende der internationalen Kommission in Oberschlesien, General De Mond, zu einem Vertreter der „Polischen Liga“ gedrückt hat, daß es für ihn eine ober-schlesische Freistaatsfrage überhaupt nicht gäbe. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang eine Unterredung, die kürzlich ein zuverlässiger Schwärzmann mit einem Ostpreussensvertreter in Danzig hatte. Der Engländer sprach sich dahin aus, daß die Abstimmung vermutlich noch in weitem Felde liege. Zudem sei das Plebiszitergesetz für die Entscheidung durchaus nicht maßgebend; hierfür sprechen vielmehr vor allem wirtschaftliche Erwägungen mit. Es sei wohl möglich, daß unter diesen Voraussetzungen über Oberschlesien nicht sofort nach dem Plebiszit entschieden würde, sondern daß das Gebiet noch länger unter Ententeverwaltung bleiben würde, bis die politischen Verhältnisse in den anliegenden Staaten sich konsolidiert hätten. — Dieselbe gutunterrichtete Stelle stellt ebenfalls weiter fest, daß sich in Oberschlesien seit etwa 6 Wochen die Verhältnisse sehr stark zu Gunsten Deutschlands gestaltet hätten. Diese Beobachtung müsse selbst in den überwiegend polnischen Bezirken Akzeptanz und Fleiß gemacht werden. Mit dieser Tatsache reche es auch in engem Zusammenhang, daß gerade in letzter Zeit die polnische Presse in zunehmendem Maße über den Terror in Oberschlesien und den anderen Abstimmungsgebieten weitere. Es ist dies nichts weiter als eine schöne Wette von dem betrübten Bohrer, der seine Felle fortzuschmeißen sich. In denselben Mittel haben auch die Polen im Teilener Schlesien gegriffen, als ihre Ansichten zu finden begannen.

Die Sicherheitspolizei.

In der letzten Zeit sind die verschiedenartigsten Gerüchte im Umlauf über Entsetzung der Sicherheitspolizei aus Oberschlesien, Verminderung der Sicherheitspolizei und Einstellung von polnischen Ober- und Unterbeamten. Bei allen diesen Gerüchten ist naturgemäß der Wunsch großpolnischer Agitatoren, die vielfach keine Oberschlesier sind, sondern aus Polen oder Warschau kommen, der Vater des Gedankens.

Trotzdem erscheint im Allgemeininteresse dringend geboten, diese Gerüchte kurz zu bekräften. Die großpolnischen Agitatoren sehen in der objektiven Sicherheitspolizei einen hindernissen Widerstand gegen ihre einseitige Beeinflussung der Bevölkerung. Da die Sicherheitspolizei diesen Agitatoren zufolge ihres stets korrekten und objektiven Arbeitens keinen Anlaß zu berechtigten Beschwerden gegeben hat, verstanden sie zunächst die Sicherheitspolizei durch verkehrtes Herstellen in den polnischen Zeitungen in Mißkredit zu bringen. Diese Artikel mußten auf Grund des § 11 des Pressegesetzes, falls sie der Sicherheitspolizei bekannt wurden, nicht gedruckt werden.

Alsdann suchten die Großpolen die Sicherheitspolizei durch Behaupten in weise nicht angemessenen Veranlassungen bei der Bevölkerung Verdacht zu machen. Die Sicherheitspolizei setzte sich aus denselben roten Banden zusammen, deren einziger Lebenszweck es sei, die polnische Bevölkerung auszulöschen und zu knechten. Das war stets der Grundstein dieser Behaupten. Infolge von Unkenntnis der wahren Zusammenhänge und Tätigkeit der Sicherheitspolizei hatten diese Behaupten leider teilweise Erfolg. Besonders das zahlreiche Raubgeschrei, daß durch die Sicherheitspolizei immer mehr in seiner Tätigkeit eingekerkert wird, war leicht als Feind der Sicherheitspolizei zu gewannen. Was die Ordnungsbewahrende, bestehende polnische Bevölkerung über solche Behaupten denkt, zeigt folgendes Beispiel. Vor etwa 8 Tagen fand in Warschau, einem Dorf bei Sobran mit meist wohlhabender, ordnungsliebender Bevölkerung, eine polnische Hochzeit statt, als eine Streife von etwa 6 Beamten der Sicherheitspolizei zu einer Raubpartie das Hochzeitsfest betrat. Zunächst ertönten Rufe wie: „Raus mit den Grünen.“ Als die Hochzeitsgesellschaft merkte, daß die Beamten polnisch sprachen, Oberschlesier und Stammesgenossen waren, war sie äußerst erkönt, sie kam in Unterhaltung mit den Beamten und schließlich vertragen sie sich so gut, daß die Hochzeit mit einem Solotanz für die Grünen endete.

Bekannt sei hierbei, daß die 3. Abteilung Sicherheitspolizei Rybnik zur größten Hälfte aus polnischsprachigen Oberschlesiern besteht. Diese sollen nun durch großpolnische Banden fremde von Heimat und Brot vertrieben werden. Doch die deutschsprachige Bevölkerung von Oberschlesien das Bleiben der Sicherheitspolizei wünscht, ist allgemein bekannt. Warum sollen ihre Wünsche der Propaganda entsprechend nicht auch berücksichtigt werden und auch ein Teil Deutsche bei der Sicherheitspolizei bleiben?

Ferner sei hervorgehoben, daß jeder ober-schlesische Pole, auch wenn er polnisch gekannt ist, bei der Sicherheitspolizei angenommen wurde und in Zukunft angenommen werden wird. Verlangt werden muß allerdings, daß jeder Angehörige der Sicherheitspolizei ein moralisch einwandfreies Vorbild nachweisen muß und ein ehrentreuer Verbrecher, Dieb, Räuber oder Betrüger sein darf. Solche Leute erscheinen nicht geeignet als Hüter der Gesetz und öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Ebenso können Leute, welche ehemals als preussische Wustkettler bezeichnet, später wegen irgend welcher anderen Straftaten nach Polen geflüchtet und dort Offiziere geworden sind, nicht als Oberbeamten bei der Sicherheitspolizei eingestellt werden.

Kein Beamter würde einem ehemaligen Verbrecher Gehorsam leisten können. Schließlich muß auch jeder Beamte der Sicherheitspolizei eine gewisse militärische Dienstzeit hinter sich haben, da er seine Waffen gebrauchen und Disziplin halten gelernt haben muß.

Bei gerechter Beurteilung all dieser Fragen und im Erkenntnis der Notwendigkeit einer gutgeleiteten Polizei in Oberschlesien könnte also an der augenblicklichen Zusammenhänge der Sicherheitspolizei kaum etwas geändert werden.

Mehr und mehr wird die internationalen Kommission auch die Mitberücksichtigung aller gegen die Sicherheitspolizei von großpolnischer Seite erhobenen Vorwürfe erkennen.

Nachmals besonders hervorzuheben sei zum Schluss, daß die dritte Abteilung Sicherheitspolizei Rybnik sich während der Abstimmungszeit in Oberschlesien lediglich als ein Organ der Herrschaftskontrolle betrachtet und überzeugt ist, daß sie weit besser so auch weiterhin in einem Einvernehmen mit diesen zum Besten Oberschlesiens arbeiten wird.

Volles u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 25. Mai 1920.

(Eine öffentliche Sitzung) der Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag den 27. d. M., abends 7 Uhr statt. Die um-

fangreiche Tagesordnung ist im Anzeigerblatt dieser Nr. veröffentlicht.

(Das Postgebäude) am Ring hier selbst, den Exhominischen Erben gehörig, hat Herr Gutsherrlicher Viktor Nowa von hier erworben. Der Kaufpreis beträgt 72 000 Mk.

(Die Pfingstfesttage) mit all ihren Freuden sind wieder einmal veranlaßt. Am 1. Pfingsttag hatte das Wetter die Freude ein wenig beeinträchtigt. Den Hauptausgangspunkt am Nachmittag des 1. Feiertages bildete das Konzert des hiesigen Musikvereins im Schützenhaus, das angelehnt der frühen Witterung gut besucht war. Der übrige Verein mit seinen etwa 20 glücklichen Kräften trat zum zweiten Male in die Öffentlichkeit und legte wieder eine Probe seines tüchtigen Könnens ab. Das Programm war wiederum ein ausserordentlich und äußerst gewißt zusammengefaßt; besonders wichtiges waren die Werke des 2. Teiles, die Overture „Alfandro Stradella“ von Piolow, der Walzer „Dorfkinder“ nach der Operette „Der Zigeunerprimas“ und Richard Wagner's Stimmenspiel aus „Der fliegende Holländer.“ Alle dies fanden rauschenden Beifall, sobald der Verein sich zu mehreren Gelegenheiten zu kommen mußte. Allgemein wurde der Wunsch laut, daß der Verein recht bald wieder mit einem Konzert aufwarten möchte. Ist doch gerade die Musik geeignet, um hier in dieser ersten, kühleren Zeit die Freude am Leben zu erhalten. — Der zweite Pfingsttag zeigte sich in einem etwas ruhigeren Bilde. Am Vormittag schaute die Sonne golden vom Firmament und wenn auch nachmittags ein Gewitter heranzuziehen drohte, so wanderten am Nachmittag doch hunderte von Menschenkindern in Gottes prächtige Natur hinaus. Besonders anfer herrlicher Stadtwald war das Ziel vieler Spaziergänger. Dort braun im Freien vergißt man die Sorgen des Alltags und konnte wieder neue Kraft schöpfen zu des Wäldes Wäldchen und Ergrün. Mögen die Pfingstfesttage dazu beigetragen haben, die Menschheit zu veredeln und gegenseitig verstehen zu lernen.

(Raub) Freitag abend brangen vier Männer in die Wohnung der Frau Rosa Miggala in Herrentendorf bei Sobran ein und erpressten von ihr unter Bedrohung Herausgabe des Geldes, das sie tags vorher für ein verkauften Schwein eingenommen hatte, womit die Banditen verschwanden.

(Werde gestohlen) wurde vorigen Woche dem Bandwirt Organa in Dorin. Die Sicherheitspolizei hat die Verbe in Schwarzwasser ermittelt und dem Diebstahl wieder zugeführt.

(Warnung vor einem unehelichen Dienstmadchen.) Vorige Woche ist die uneheliche Heirat, angeblich aus Eifer, beim Kaufmann Seigel hier in der Diebstahl getreten. Schon nach 3 Tagen verschwand sie unter Mitnahme von Kleingeld und Schmuck, die einem zweiten Dienstmadchen des Herrn Seigel gehörten. Ermittlungen über die uneheliche Person wolle man sofort an Herrn Seigel mitteilen.

(Ein entführter Polizeibeamter.) Am 13. d. M. abends zwischen 10 und 11 Uhr ging der Unterwachmeister Müller der Sicherheitspolizei Abteilung Rybnik allein in der Stadt spazieren. Zu dem Beamten gefolgt sich zwei unbekante junge Leute, unterstellten sich mit ihm und luden ihn schließlich zu einem Glase Bier ein. Dabei wurden dem Beamten Erfrischungsgetränke angeboten, nach deren Genuss er in einen tiefen Schlaf fiel. Als er gegen 1/3 Morgens erwachte, befand er sich, wie er später erfahren hatte, in Schwarzwasser. Dort wurde er von einem polnischen Offizier befragt, ob er in die polnische Armee eintreten wolle, was er natürlich verneinte. Darauf wurde Unterwachmeister Müller in einem Hause eingesperrt, konnte aber später, da die Posten schliefen, entfliehen und ungehindert über die Grenze entkommen. Nach 6 stündigem Marsch traf er wieder in Rybnik ein.

(Wo ist die größte Not?) Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, erwiderte auf eine Beschwerde der unabhängigen Sozialisten in Spandau gegen eine angebliche Bevorgung von Schülern höherer Brandstätten bei den amerikanischen Schulspesen der Bürgermeister, die von den zuständigen Aergern nach den Bestimmungen der amerikanischen Kommission vorgenommenen Untersuchungen hätten ergeben, daß ganz bedeutend mehr Kinder der höheren Brandstätten unterernährt seien, als Kinder der Volksschulen. Ein Arbeiter könne bedeutend mehr für seine Kinder tun, als der Mittelstand.

(Ein Jugendamt für den Kreis Rybnik.) Um die Jugendpflege im Kreis Rybnik auf eine breitere Basis zu stellen, ist für die Amtsgerichtsbezirke Rybnik, Kottlau

und Bohran ein selbständiges Jugendamt errichtet worden, deren Stabsanführer in Rybnik als Sonderabteilung des Kreiswohlfahrtsamtes zugeteilt sind. Zum Vorstehenden des neuen Kreis-Jugendamts ist Kreis-Schulinspektor Duden-Rybnik berufen worden.

Die Bewegung für Deutschland nimmt immer mehr zu. Insbesondere sind viele Uebertritte polnischer Arbeiter in die deutschen Berufsorganisationen zu verzeichnen. Auch sonst ist namentlich der sehr regen polnischen Propaganda in den Dörfern zu bemerken, daß eine Abwanderung aus dem polnischen Lager stattfindet.

Der Preis für 1 Liter Brennspiritus ist von der Reichsmonopolverwaltung für Braunkohl, Berlin, vom 25. d. Mitt. ab auf 4,75 Mk. pro Liter festgesetzt. Der Preis für eine leere Flasche beträgt 4 Mark pro Stück. Die Abgabe von marktreitem Spiritus ist von der Monopolverwaltung seit dem 1. April d. J. aufgehoben worden, jedoch haben die Gemeinden Anweisung erhalten, auch das Publikum, das bisher für den Bezug von marktreitem Spiritus in Frage kam, bei der Verteilung der Marken zu berücksichtigen.

Herstellung neuer Münzen. Die Herstellung der Noten zu 1 und 2 Mark erfordert ganz beträchtliche Aufwendungen, zumal die Beschaffung des hierzu verwendeten Papiers erheblichen Schwierigkeiten begegnet. Hierzu kommt, daß diese Noten leichter nachzuahmen sind und sich im Uebrigen schneller abnutzen. Es sind deshalb an den zuständigen Stellen Ermüdungen im Gange, als Ersatz für ein Einmarkstück ein Einmarkstück auszugeben, das allen Anforderungen des Geldverkehrs und der Sicherheit gegen Nachbildungen entspricht. Da die Verwendung von Silber nicht in Betracht kommen kann, wird eine Vergütung aus anderen Metallen ausprobiert. Da die Einmarkstücke in Größe etwa ein Silbermarkstück wird entsprechen müssen, so ist auch darauf Bedacht zu nehmen, daß das Gewicht der Münze möglichst niedrig bleibt. Die Erfolge, die erreicht werden können, werden allerdings noch einige Zeit erfordern.

Bezugspreise der Berliner Blätter. Zum Teil mit der Wirkung vom 1. Juni, aber aber vom 1. Juli ab wird für die monatliche Bezugspreise der Berliner Blätter festgesetzt, wie folgt: Berliner Tageblatt 15 Mk., Postliche Zeitung 15 Mk., Deutsche Tageszeitung 12 Mk., Tägliche Nachrichten 12 Mk., Volkzeitung 7,80 Mk., Morgenpost 7,80 Mk., Berliner Echo-Courier 10,50 Mk., Sozial-Wogler 10 Mk., Deutsche Tageszeitung 10 Mk., Vorwärts 10 Mk., Freiheit 10 Mk., Berliner Echo-Zeitung 12 Mk., Kreuz-Zeitung 12 Mk., Deutsche Allgemeine Zeitung 10 Mk.

Veränderungen bei der Staatslotterie. Der Gewinnplan der im Juli d. J. beginnenden 26. (242.) Preussische Sächsischen Klassenlotterie weist erhebliche Veränderungen auf. Die beiden Hauptgewinne betragen künftig auch in den ersten drei Vorläufen je 100.000 Mark. In der Haupt- und Schlussklasse sind die beiden Prämien von 300.000 Mark auf 500.000 Mk. erhöht. Anstelle der bisherigen 1. bis 5. Gewinne zu 150.000 Mark sind 2 Gewinne zu je 300.000 Mark eingefügt worden. Die beliebtesten Mittelgewinne wurden der Zahl nach beträchtlich vermehrt, und zwar die Gewinne zu 5000 Mk. auf 300 Stück, die Gewinne zu 3000 Mk. auf 4000 Stück und die Gewinne zu 1000 Mark auf 8200 Stück. Die Freilose sind einem vieltägigen Laufe entsprechend wegen der damit verbundenen Beilagsleistungen in Wegfall gekommen. Das bringt aber keine Verkleinerung der Spieler mit sich, da künftig der kleinste Gewinn jeder Klasse so hoch bemessen ist, daß er den vollen Kaufpreis für das Gefäßlos deckt. Unter Berücksichtigung der Verteuerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ist der Preispreis zugleich eine Erhöhungszusatzlage auf 7,30 Mk. für das Gefäßlos in jeder der fünf Klassen und der Gewinnabzug auf 17 v. H. festgesetzt worden. Die Preissteigerung kommt den Spielern zum allergrößten Teil in Form der erhöhten Gewinne zugute.

Kreislandbund Rybnik. Sonntag, den 16. Mai, fand in Börners Hof in Rybnik die erste Generalversammlung des im vorigen Jahre gegründeten Kreislandbundes Rybnik statt. Nach Bekanntgabe des Geschäftsberichts durch den Vorsitzenden Herrn Gustav Hermann-Schwirkau referierte Herr Landwirt Wjaser-Gaschowitz über das Genossenschaftswesen im Kreislandbunde. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß der Kreislandbund Rybnik als Mitglied in die neuangeordnete „Oberschlesische Genossenschaft“ in Bräunchen einzutreten beabsichtigt, da diese sich bereit erklärt hat, dem Kreislandbunde zur Anschaffung von Wirtschaftsmitteln hohe Kre-

dite zu gewähren. Nach Erledigung verschiedener anderer Fragen wurde zur Auswahl des Vorstandes, die Statutenmäßig jedes Jahr zu erfolgen hat, geschritten. Herr Hermann, der Gründer und Organisator des Kreislandbundes, lehnte eine Wiederwahl als erster Vorsitzender mit der Begründung ab, daß ihn seine vielen Ehrenämter im Kreise zu sehr in Anspruch nehmen. Daraufhin wurde Herr Rittergutbesitzer von Schroter-Niederow zum 1. Vorsitzenden gewählt. Herr Rittergutbesitzer Probst widmete Herrn Hermann im Namen der Versammlung warme Danksworte für die segensreiche Tätigkeit und die unerwähnte Ausdauer, die der Ausgebildete im Interesse des Kreislandbundes geleistet hat. Anschließend an die Vorstandswahl hielt Herr Direktor Dr. Kramer-Glimm einen Vortrag über das Thema: „Die Wirtschaftskontoren im Vergleich zu den Betriebsstellen.“ Im Anschluß gelangten noch verschiedene Tagesfragen zur Besprechung.

Verkehrswesen in Polen. In dem jungen polnischen Staatswesen gilt augenblicklich auf den Gebieten des Verkehrswesens nicht weniger als drückend: deutsches, österreichisches und russisches. Die polnische Regierung beschäftigt deshalb ein einheitliches polnisches Verkehrsrecht zu schaffen. Wie wir der „Deutschen Verkehrszeitung“ entnehmen, soll damit wegen der außerordentlich steigenden Verwaltungskosten eine Erhöhung der Beiträge auch für bereits bestehende Versicherungen verbunden sein. Wie bereits eine Versicherung mit einer deutschen inländischen Werkstatt abgeschlossen hat, wird gut tun, sie unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, da diese nicht von der Beitragserhöhung betroffen werden.

Zum Schulstreik im Kreise Pleß. Die ärgste Waffe der Großpolen ist der Terror. Das zeigte sich bei dem Aufstand im August d. J., bei dem großpolnischen Demonstrationen, bei dem kampflich erfaßten Arbeiterstreik und bei allem sonstigen Vorgehen der Polen. Die terroristische Art und Weise der Großpolen trat in diesen Tagen so recht zu Tage bei dem polnischen Schulstreik. Einzelne und gruppenweise erschleuten die polnischen Agenten in vielen Schulen und forderten, daß sofort mit dem tschechischen Unterricht begonnen werden soll. In den allermeisten Schulen wird der Unterricht im Lesen, Schreiben und in Religion bereits seit längerer Zeit polnisch erteilt, womit die Eltern zufrieden sind. Ein weiteres und roheres Aussehen des polnischen Unterrichts läßt sich aus schulfachlichen Gründen nicht durchführen. Man beschränkt sich auf polnische und tschechische Schulen — nicht durch polnische Agenten — die Eltern, wie sie den Unterricht wünschen. Man wird gewiß stimmen über das Ergebnis. Nur verhältnismäßig wenige Eltern fordern den tschechischen Unterricht. Nichts desto trotz das den polnischen Terroristen nicht. In einigen Orten schlossen sie die Schulen mit Gewalt, bedrohten die Lehrer und jagten die Kinder fort, die zur Schule gekommen waren. Ja, in einzelnen Dörfern hetzten Erwachsene und Halb-wüchsige die Schulkinder auf, Steine gegen die Lehrer zu werfen. Obgleich die Jugend seit Jahren in hohem Grade verweichlicht, der gesamte Schulbetrieb ist nur an wenigen Orten fast unerschütterlich. Da vergelten die polnischen Kinder die Kinder noch mehr. Was soll wohl aus dieser Jugend werden? Ganzlich müssen die Behörden, besonders die internationalste Kreis-Kommission, dem verwerflichen Treiben der polnischen Kinder entgegenzutreten. Der Schulstreik ist ein der schändlichsten Kampfmittel, dessen sich die Großpolen bedienen.

Der neue Oberpräsident von Breslau. Anstelle des eben zurückgetretenen Oberpräsidenten Philipp ist der erste Geschäftsführer der Vereinigten Krankenkassen von Breslau, Zimmer, zum Oberpräsidenten von Breslau ernannt worden. Zimmer ist ebenso wie Philipp ein alter Breslauer Geschäftsführer, der von der Pile auf gehtet hat. Als Organisator des Breslauer Krankensystems hat er sich große Verdienste erworben. Er gehört dem preussischen Landtage an.

Der neue Polizeipräsident von Breslau. Der frühere Polizeipräsident von Berlin, Groß, ist zum Polizeipräsidenten von Breslau ernannt worden.

Die Futterkrüppel. Der „Hannoversche Courier“ meldet: Vom 1. April bis 15. Mai sind 11 Minderheitskrüppeln in Regierungs- und Verwaltungskreisen Preussens berufen worden. Acht von den Berufenen derselben Landratsämter. Einer unter ihnen war früher Barbier, einer Bläuer und drei Gewerkschaftsbeamte.

Eine furchtbare Tatsache. Von den in diesem Jahre in die Landesblindenasylat angemeldeten Kindern sind nach amtlichem Ausweis mehr als ein Drittel Minderjährige infolge

Mangelernährung erblindet. Bekanntlich ist diese Art des Verlustes des Augenlichtes fast durchweg auf Geschlechtskrankheiten zurückzuführen.

Rybnik, 19. Mai. In Janowitz, Kreis Rybnik, hatten sich am Sonntag mehrere Schüler und Schauspieler eingefunden; als dem Gewaltsam-vorhinein hinterbracht wurde, daß einige davon deutsch sprachen, erschien derselbe auf der Bühne und begabte die 3 Tute mit den unzufälligen Schimpfworten. Ein anderer fanatischer Pole gab hierauf ein Zeichen, die Verkaufsstände der Deutschen zu plündern welcher Aufforderung sofort Folge geleistet wurde. Mehrere arme Handwerker sind dadurch um ihre ganze Ware gekommen.

Rybnik, 20. Mai. Dem „Oberschl. Woch.“ wird mitgeteilt: „Dr. Roganski ist bei Niedobitzlich dabei gefahren worden, wie er Kinder vom Besuch der Schule fragte, was er auch die Allgemeinarbeit angibt. Er selbst und Dr. Stolz lassen ihre Kinder weiterhin das Gymnasium regelmäßig besuchen, damit sie im Unterricht nicht verpassen. Was gegen die polnischen Mitglieder, deren Kinder doch in den Beschränkungen durch den Schulstreik zurückbleiben?“

Breslau, 20. Mai. Die Fortsetzung der Kaiserbilder aus dem Stadtbildenden-Gesellschaftsforsten im geschichtlichen Teil der Stadtbildenden-Gesellschaft, Berlin, darin von dem Sozialdemokraten unterstützt. Bürgermeister Dr. Schuler nahm hiergegen einseitigen Stellung. Beschlossen wurde, bei der Kreditkassette ein Darlehen von 150.000 Mk. aufzunehmen und dem Komitee je 800 Mark Voransch auf die neue Bildung zu gewähren. Die polnischen Beiträge auf Einführung des obligatorischen polnischen Schulunterrichts, Aufhebung polnischer Schulen und Einrichtung polnischer Lehrkräfte für städtische Schulen wurden zurückgezogen.

Kattowitz, 21. Mai. Wie aus Gmantschew gemeldet wird, sind im Walde hinter Kaiser Wilhelmstal, in der Nähe der Bahnstation, zwei Mädchen tot (erschossen) aufgefunden worden. — Die Kriminalpolizei Kattowitz teilt mit, daß in Kattowitz ein Raubdiebstahl verübt worden ist, bei welchem von den Tätern 100.000 Mark geraubt wurden. — Bei einem Raubüberfall Schloffer sind 400 Mark entwendet worden der Strafe Kattowitz-Kriminelle beschuldigt worden. — Die dreimal wöchentlich erscheinende „Schwienkloster Zeitung“ ist mit der Druckerei in die Polen verkauft worden. — Die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gletsch soll für 2 1/2 Millionen Mark in den Besitz eines Konfessionsübergangens sein, das ihren Fortbestand als deutsches Zentrumorgan sicherstellt.

Königsbrunn, 21. Mai. (Reine polnische Schule.) Die Errichtung der von den Rüd. Behörden auf Antrag der katholischen Volkspartei (Zentrum) beschlossenen 2 polnischen Schulen in Königsbrunn ist von der Regierung in Oppeln nicht genehmigt worden. Begründet wird dieser ablehnende Bescheid mit den noch bestehenden und gültig zur Verfügung stehenden Beschränkungen, wonach nur Religionsunterricht in polnischer Sprache und in polnischer Schreibung und Unterricht in den bestehenden Schulen zulässig ist. — Interessant ist übrigens, daß die Errichtung der polnischen Schulen auch so sehr zu ihrerzeit gewiss wäre. Es wurden trotz wiederholter Aufforderungen in den Blättern für den oblichen Stadtteil 40, für den südlichen Stadtteil nur 20 Kinder gemeldet, daß sind etwa 3 Prozent der diesjährigen 1888 Schülern.

Neu-Beuthen Os, 20. Mai. Das Auto des französischen Oberleutnant Graf de la Fontaine wurde bei der Befragung in Königsbrunn von der Einmündung der Straße von Carnals Freundeshaft in die Chauffee Beuthen-Königsbrunn von einem Bekannten angefahren und so stark zur Seite geschleudert, daß der Offizier sowohl in Chauffee schwer verletzt in das Lazarett nach Königsbrunn geschafft werden mußte.

Wirkung, 21. Mai. Heute früh gegen 1 Uhr wurde der Kaufmann Borow in Pilsenerdorf von Gendarmen erschossen. Man rechnete bei ihm 3000 Mark Geld und verschiedene Goldsachen. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Sibyllenort, 20. Mai. Die Trauung der früheren Prinzessin Margarete von Sachsen mit dem früheren Erbprinzen Friedrich Viktor von Hohenzollern wird laut „Sächsischer Volkszeitung“ am 2. Juni in Sibyllenort stattfinden.

Stütze, Kinder und ein Dienstmädchen und ein Dienstmädchen bei gutem Lohn und guter Kost sucht Frau Ingenieur Kroll, Zalenze h. Kattowitz.

Bekanntmachung.

Die neuen Bestimmungen des Reichsrechts über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen vom 10. Januar 1920 nach Ausschreibungsummen des Reichsbauamtes vom 22. Januar 1920 sind im Druck erschienen.

Der Bau für eine Dreifamilienbehausung 2 Markt aus schließlich Bestockungsbau. Baukosten darauf werden im Reichsbauamt eingerechnet.

Die Höhe der Darlehen und die Anzahl der zu leistenden Zinsen sind im Reichsbauamt zu erfragen.

Der Bau wird gemäß den Bestimmungen des Reichsrechts vom 10. Januar 1920 Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen gewährt.

Entwürfe hierzu sind unter Berücksichtigung der verschiedenen Bestimmungen im Reichsbauamt an dem Reichsbauamt zu richten und zur Ermittlung der Bedingungen direkt an das Reichsbauamt zu senden. Besondere Entwürfe bei der Straßendärde (Regierungspolizei) sind zu vermeiden.

Städter Bau werden Flächenbau mit einer Mindestgrundstückgröße von 300 qm. für je eine Wohnung bewilligt. Die Errichtung von Bauten mit mehr als 3 Geschossen kann nur mit Zustimmung der Oberen Baubehörde unterliegt werden.

Ein Reichsdarlehen wird nur gewährt, wenn die Gemeindevorstände (Gemeindevorstand) sich an der Aufbringung der Baukosten mit mindestens ein Drittel des Reichsdarlehens beteiligen und sich verpflichten, ihren Anteil an der Darlehenshypothek ohne Zustimmung der Oberen Baubehörde nicht abzutreten oder zu verpfänden.

Bei Wohnungsbauten auf dem Lande (in ländlichen Gemeinden und kleineren Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter) kann auf das Gemeindevorstand bis zu 1/2 verzichtet werden. In diesen Fällen kann eine Erhöhung des Reichsdarlehens bewilligt werden; ausgenommen hiervon sind landwirtschaftliche Betriebsanlagen.

In Höhe der Summe des Reichs- und Gemeindevorstandsdarlehens (Beihilfedarlehen) ist an dem Baugrundstück eine Hypothek zu bestellen. Diese Hypothek dürfen im Falle der Rückzahlung in Höhe des Unterschieds der Gesamtbeleihungssumme und des Reichsdarlehens vorrangig sein. Das Reichsdarlehen wird ausbezahlt, wenn die anforderungsgemäße Ausführung des Baues und die Eintragung der Beihilfedarlehenshypothek gesichert ist. Das Beihilfedarlehen kann jederzeit (auch in Teilparzellen) zurückgezahlt werden.

Die zur Schaffung neuer Wohnungen gewährten Reichsmittel werden als befristete Darlehen, zunächst dreijährliche Darlehen gegeben.

30 Jahre nach Gewährung des Beihilfedarlehens wird nach den Bestimmungen der Art des Baues endgültig festgestellt. Der Unterschied zwischen den Zinsausgaben und dem endgültigen festgestellten geringeren Betrag gilt als der endgültige Baukostenzuschuß. Die Beihilfedarlehenshypothek ist insoweit zu löschen. Der verlorene Baukostenzuschuß wird zunächst auf das Reichsdarlehen angerechnet. Der Rest der Beihilfedarlehenshypothek ist mit 4 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent jährlich einparter Zinsen zu tilgen.

Die Beihilfedarlehenshypothek wird zugunsten der Gemeinde (Gemeindevorstand) bestellt.

Nach für Bauten, die nach dem 1. Juli 1918, aber vor Ablauf der Bestimmungen des Reichsrechts vom 10. 1918 abgeschlossen oder ausgeführt worden sind, kann ein Reichsdarlehen nach Maßgabe der gegenwärtigen Bestimmungen bewilligt werden. Solche Entwürfe können nur innerhalb drei Monaten nach Inkrafttreten der Bauverordnungen gestellt, d. h. sie müssen ohne je den Antrag auszuwirken eingereicht werden.

Für die Errichtung des Baues müssen nicht nur die Städte sondern auch alle Bauverordnungen und Gemeindevorstände die Gesamtzahl der im Jahre 1920 zu erbauenden Häuser alsbald ermitteln.

Hierbei werden die Entwürfe von Bauleitenden und Baugewerkschaften im besonderen Maße berücksichtigt. Nach solche Entwürfe, die im Jahre 1919 nicht mehr erledigt werden können, weil die Mittel erschöpft waren, werden insbesondere dann, wenn die Baukosten bereits begonnen sind, vorzugsweise berücksichtigt.

Gemeinden und gemeinnützigen Bauunternehmungen können zur Beschaffung der erforderlichen Baufähigen Zuschüsse bis zu ein Drittel des Darlehens gewährt werden, auch wenn die einzelnen Bauvorhaben nach nicht begonnen sind; bei Fertigstellung des Baues bis Sechsdrittel; kann ihnen außerdem ein Zuschuß bis zum Betrage der Zinsen für die Bauausführung tatsächlich angewandter Kosten gewährt werden.

Die Darlehen werden nicht den einzelnen Bauherren, sondern dem Lande des Bauherren gewährt, der zur Rückzahlung verpflichtet ist, falls das Bauvorhaben nicht antragsgemäß ausgeführt wird, das ist die Gemeinde (V. B. der Gemeindevorstand).

Wittere Auskunft erteilt das Reichsbauamt.

Die Preisprüfungsstelle bei der Regierung in Oppeln hat im Verein mit der interalliierten Kommission mit Rücksicht auf die erhebliche Verteuerung der Herstellung von Elektroblechfabrikaten in der Sitzung vom 15. d. Mts. folgende Richtpreise festgelegt:

- Bor- und Hintermauerungssteine p. 00 270 Mt.
- Hohl- und Lochsteine " " 320 "
- Wiberschwänze (Dachziegel) " " 500 "

Die Preise gelten ab Werk.

Die in der vorletzten Nummer des Sobrauer Stadtblattes bekanntgegebenen Preise bezogen sich nur auf etwa noch vorhandene Bestände vorjähriger Produktion.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 28. d. Mts. findet im Zimmer 2 die Ausgabe der Brotmarken für den Monat Juni statt.

Die roten Ausweisskarten sind mitzubringen. Für Nachzügler, d. h. diejenigen, die am Freitag nicht dabei waren, wird die Ausgabe am Sonnabend und Montag stattfinden. Sobrau O.S., den 25. Mai 1920.

Der Magistrat. J. B. Hartung.

Zeitungsverkäufer

Stilke mit Inserateannahme für neue Wochenchrift gesucht. Verlag „Der Detektiv“ (Zempe) Breslau I.

Ein herzliches „Gott vergelt“ allen den Lieben, welche uns anlässlich des Todes und der Beerdigung meines lieben Gatten, unseres guten, unvergesslichen Vaters, unseres lieben Schwiegervaters, Großvaters, Bruders und Schwagers,

des Maurermeisters

Konstantin Gregeratzki

ihre Teilnahme bekundet haben; herzlichen Dank besonders der hochw. Geistlichkeit, Herrn Pfarrer Loch für die tiefempfundene Grabrede und allen Lieben, welche dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Sobrau O.-S., den 22. Mai 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kurhaus Bad Jastrzemb

empfeilt sich den werten Ausflüglern.

Jeden Sonntag ab 4 Uhr nachmittags:
!! Familientanzkränzchen !!

Zur ersten hl. Kommunion

empfeilt

Gebetbücher, Rosenkränze und Kommunion-Andenken

in großer Auswahl

P. Hunold's Buch- u. Papierhandlung.

Am Donnerstag den 27. d. M., abends 7 Uhr

findet im Stadtparlementssaal eine öffentliche Sitzung der **Stadtverordneten-Versammlung** statt, zu welcher die Mitglieder unter Hinweis auf § 2 der Geschäftsordnung hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Antrag des Fräulein Friederike Plehuch auf Herstellung des Bürgersteiges auf südliche Kosten.
2. Antrag mehrerer Stadtverordneten auf Kanalisierung der in der Mauerstraße und in der Niederoorstadt befindlichen offenen Gräben.
3. Verkauf einer Parzelle am Dyrbo'schen Grundstück.
4. Kenntnisnahme von der Prüfung der Stadtparkasse sowie von der Prüfung der Jahresrechnungen für 1919 und Erstellung der Entlastung.
5. Desgleichen von dem Kasienabschluss der Räumerei- und Sparkasse pro Monat April cr.
6. Desgl. von dem Schreiben des Oberstl. Knappschastz-Verains Tarnewitz.

Magistrats-Anträge:

7. Erhöhung der Entschädigung für die Spielleiter und des Zuschusses zur Beschaffung von Spielgeräten von 525 auf 1000 M;
8. dem Beigeordneten das Gehalt des bisherigen Bürgermeisters vom 15. 4. cr. zu bewilligen;
9. für Veröffentlichung der Bekanntmachungen des Magistrats und der Polizeiverwaltung im „Sobrauer Stadtblatt“ und in der „Gazeta Rybnicka“ je 600 M. pro Jahr zu bewilligen;
10. Einbau der Kleinkinderschule in das städtische Gebäude neben dem Elektrizitätswerk;
11. Ankauf eines Grundstücks für die Kleinkinderschule;
12. nochmalige Beschlussfassung betr. Führung des Titels „Ratherr“ seitens der Magistratsmitglieder;
13. die Waldversicherung auf 400 % zu erhöhen.

Sobrau O.S., den 24. Mai 1920.

Joh. Kass, Stadtverordnetenvorsteher.

Verloren goldener Trauring, geg. J. A. 27. 10. 19. Gegen Belohnung abgegeben in der Exped. d. Bl.

Versteigerung.

Mittwoch, den 26. Mai, vorm. 10 Uhr findet im Roll'schen Saale hier ein **Versteigerung von Möbeln** und verschiedenen Gegenständen statt. Besichtigung 1 Stunde vorher gestattet.

Schlicht.

Feinkosthaus R. Schmidetzki

empfeilt in den nächsten Tagen eintrifft

1a Pfaffenmaß (garant. reib),

Frischen Seefisch (Cabilou).

Sonabend den 29. Mai, nachm. 2 Uhr wird

die Grasnutzung auf dem Kreuzdorfer Kirchenteich

(Kollektiv) maßgebend gegen Barzahlung an Ort und Stelle verpachtet.

Warschowitz, den 22. Mai 1920.

C. Bronny, Fr. Sleziona.

Warnung!

Verbitte mir jedes unwahre Gerücht, welches über meinen Mann verbreitet wird, da ich sonst gerichtl. vorgehen werde.

Ferner verbitte ich mir auch jede Annäherung meines Mannes von seiten lediger Männer.

Frau Emma Hadraschek.

Bauarbeiter

Rutischer

zuverlässig, mittelst R. Barwick, guter Pferde- und Geschirrführer, der auch in Landwirtschaft Beschäftigt, zum 1. Juni gesucht.

Bewerbungen nur mit Angabe des Monatslohnes bei freier Wohnung, Verpflegung und Beheizung. Benachrichtigung beifügen.

H. Eras,

Architekt und Maurermeister, Sobrau O.S.

Sung r, Kaffier

Rutischer

such sofort oder später Stellung. Näheres in der Exped. d. Bl.